

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010
der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, Berlin

Aktivseite	2010			2009			Passivseite		
	€	€	€	€	€	€	€	€	
1) Barreserve									
a) Kassenbestand	227,03		307,26						
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	648.090,26	648.317,29	976,25						
2) Forderungen an Kreditinstitute									
a) täglich fällig	23.479.476,40		24.717.417,15						
b) andere Forderungen	10.075.654,38	33.555.130,78	5.072.012,55						
3) Forderungen an Kunden		188.995,71	497.040,99						
darunter:									
Finanzdienstleistungsinstitute	163.007,01		-						
4) Handelsbestand		3.112.803,88	1.835.137,62						
5) Beteiligungen		385.711,00	260.712,00						
6) Anteile an verbundenen Unternehmen		-	500.000,00						
7) Immaterielle Anlagewerte									
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-	-						
b) Entgeltlich erworbene Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		300.496,00	107.195,00						
8) Sachanlagen		134.486,00	271.380,00						
9) Sonstige Vermögensgegenstände		380.032,15	576.240,55						
10) Rechnungsabgrenzungsposten		89.812,72	62.871,64						
11) Aktive latente Steuern		36.884,09	-						
Summe der Aktiva		38.832.669,62	33.901.291,01						
1) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten									
a) täglich fällig		1.358.162,67						659.489,60	
2) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden									
a) täglich fällig		688.937,34						80.566,19	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		-					688.937,34	-	
darunter:									
gegenüber Finanzdienstleistungsinstituten		126.317,47						80.566,19	
3) Handelsbestand							1.952.258,64	567.360,33	
4) Sonstige Verbindlichkeiten							1.101.398,33	779.477,97	
5) Rechnungsabgrenzungsposten							10.000,00	35.000,00	
6) Passive latente Steuern							11.317,83	-	
7) Rückstellungen									
a) Steuerrückstellungen		506.731,26						444.000,61	
b) andere Rückstellungen		1.262.592,56					1.769.323,82	1.292.696,31	
8) Fonds für allgemeine Bankrisiken							1.805.127,77	-	
darunter: nach § 340e Abs. IV HGB				1.805.127,77				-	
9) Eigenkapital									
a) Gezeichnetes Kapital				24.282.354,00				24.181.450,00	
eigene Aktien				- 30.082,00		24.252.272,00		- 29.583,00	
b) Kapitalrücklage						2.509.171,04		2.071.318,28	
c) Gewinnrücklagen									
ca) gesetzliche Rücklage						1.516.343,22		1.516.343,22	
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden Unternehmen						878,64		-	
cc) andere Gewinnrücklagen						65.268,32		238.043,52	
d) Bilanzgewinn						1.792.210,00	30.136.143,22	2.065.127,98	
Summe der Passiva							38.832.669,62	33.901.291,01	

Berlin, 22. Februar 2011

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm

Gewinn- und Verlustrechnung
der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, Berlin
für die Zeit vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2010

	2010		2009	
	€	€	€	€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	171.884,57			222.801,11
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	-	171.884,57		-
2. Zinsaufwendungen		- 214,95	171.669,62	- 5.617,84
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			-	589,89
4. Provisionserträge		3.330.023,20		2.183.621,30
5. Provisionsaufwendungen		- 1.862.278,40	1.467.744,80	- 873.470,70
6. Nettoertrag des Handelsbestands			18.051.277,69	13.773.416,42
7. Sonstige betriebliche Erträge			856.499,70	1.125.019,26
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	- 5.564.445,17			- 4.571.216,22
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	- 799.774,79	- 6.364.219,96		- 730.106,28
darunter: für Altersvorsorge 42.443,62 €				44.633,53
b) andere Verwaltungsaufwendungen		- 9.660.262,88	- 16.024.482,84	- 8.403.725,94
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			- 267.058,56	- 351.224,36
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			- 27.854,42	- 20.254,07
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		- 10.000,00	- 10.000,00	- 53.181,97
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			4.217.795,99	2.296.650,60
13. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			- 1.805.127,77	-
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 1.274.564,00	- 1.274.564,00	- 90.904,87
darunter: Aufwand aus latenten Steuern	- 331.886,30			-
15. Jahresüberschuss			1.138.104,22	2.205.745,73
16. Gewinnvortrag			125.665,26	-
17. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus anderen Gewinnrücklagen		529.319,16	529.319,16	-
18. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Rücklage für eigene Aktien		-		- 140.617,75
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden Unternehmen		- 878,64	- 878,64	-
19. Bilanzgewinn			1.792.210,00	2.065.127,98

Berlin, 22. Februar 2011

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm

Anhang der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

A. Allgemeine Angaben zur Gliederung des Jahresabschlusses sowie zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank zum 31. Dezember 2010 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung der Vorschriften für Kreditinstitute sowie der letztmalig am 18. Dezember 2009 geänderten Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Ferner wurden die Vorschriften des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts beachtet. Soweit nach neuem Recht Vermögensgegenstände und Schulden in einem anderen Bilanzposten als nach dem bis zum 31. Dezember 2009 gültigen Recht auszuweisen sind, wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt nach der RechKredV; für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Staffelform gewählt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses wurde in € vorgenommen.

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ist in den Konzernabschluss der Berliner Effektengesellschaft AG, Berlin, die Mutterunternehmen im Sinne des HGB ist, im Rahmen einer Vollkonsolidierung einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Wertpapiere werden in der Bilanz in den Posten "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere", "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" und „Handelsbestand“ ausgewiesen. Beim Ausweis von Erträgen/Aufwendungen unterscheiden wir bei Wertpapieren zwischen Handelsbeständen, Beständen der Liquiditätsreserve (Wertpapiere, die weder wie Anlagevermögen behandelt werden, noch Teil des Handelsbestands sind) und Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt werden.

Wertpapiere des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten. Der beizulegende Zeitwert entspricht dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, anhand dessen sich der Marktpreis ermitteln lässt, ist der beizulegende Zeitwert mit Hilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zu bestimmen. Lässt sich der beizulegende Zeitwert weder an einem aktiven Markt noch nach einer anerkannten Bewertungsmethode ermitteln, sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten fortzuführen. Die Gesellschaft hat die Wertpapiere des Handelsbestands anhand von Marktpreisen bewertet. In einzelnen Gattungen liegen keine Marktpreise von aktiven Märkten vor. Dies geht in der Regel mit einem beizulegenden Wert am Abschlussstichtag in Höhe von Null einher, sodass diese vollständig abgeschrieben wurden. Anerkannte Bewertungsmethoden wurden nicht angewandt. Der Risikoabschlag wird zum Bilanzstichtag in Höhe der nicht realisierten Reserven bemessen. Der vorgenommene Risikoabschlag trägt damit den Ausfallwahrscheinlichkeiten der realisierbaren Gewinne Rechnung.

Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, und Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind in der Bilanz nicht enthalten.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts sind eigene Aktien nicht mehr auf der Aktivseite der Bilanz auszuweisen, sondern vom Eigenkapital abzusetzen. Die Anschaf-

fungskosten sind in Höhe des rechnerischen Werts offen vom gezeichneten Kapital abzusetzen. Der Unterschiedsbetrag zwischen rechnerischem Wert und den Anschaffungskosten der eigenen Aktien ist von den frei verfügbaren Rücklagen abzusetzen. Die Veräußerungserlöse sind in Höhe des rechnerischen Werts dem gezeichneten Kapital hinzuzurechnen. Ein übersteigender Betrag ist in Höhe des beim Erwerb verrechneten Betrages den freien Rücklagen wieder hinzuzurechnen. Ein darüber hinausgehender Veräußerungserlös ist in die Kapitalrücklage einzustellen.

Erkennbaren Risiken ist durch Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen haben wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger linearer handelsrechtlich zulässiger Abschreibungen bewertet. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter werden von uns bis 2007 und ab diesem Geschäftsjahr im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und ausgebucht. Die in den Jahren 2008 und 2009 erworbenen geringwertigen Wirtschaftsgüter werden entsprechend der steuerlichen Regelung über fünf Jahre abgeschrieben, beginnend ab dem Jahr der Anschaffung.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen eines bilanzierten Vermögenswertes oder einer Verpflichtung und dem jeweiligen steuerlichen Wertansatz. Hieraus resultieren in der Zukunft voraus-sichtliche Ertragsteuerentlastungs- oder -belastungseffekte (temporäre Unterschiede). Sie wurden mit den Ertragsteuersätzen bewertet, deren Gültigkeit für die entsprechende Periode ihrer Realisierung zu erwarten ist und die zum Bilanzstichtag gültig sind. Für die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ergibt sich ein durchschnittlicher Ertragsteuersatz in Höhe von 30,39 %.

Verbindlichkeiten bilanzieren wir, soweit sie verzinslich sind, mit ihrem Erfüllungsbetrag. Lieferverbindlichkeiten aus dem Leerverkauf von Wertpapieren sind zum beizulegenden Zeitwert zuzüglich eines Risikozuschlags unter dem neuen Posten Handelsbestand ausgewiesen. Der Risikozuschlag wird analog zu dem Risikoabschlag für aktive Handelsbestände gebildet.

Die Rückstellungen für Steuern, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften haben wir in Höhe des Erfüllungsbetrags nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Rückstellungen für drohende Verluste wurden für schwebende Aufgabengeschäfte gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre abgezinst worden.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden bei den zugrunde liegenden Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Bewertung der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden ist nach den Bestimmungen des § 340h in Verbindung mit § 256a HGB vorgenommen worden. Eine Abweichung erfolgte für Aktien, die an einer Börse in €notiert werden und deren Nennwert bzw. deren rechnerischer Wert (z. B. Stückaktien) auf Fremdwährung lautet. Hierunter können zum Beispiel Aktien von US-amerikanischen Gesellschaften fallen, deren Kapital auf US-Dollar lautet. Diese Wertpapiere haben wir mit den in €an einer deutschen Börse festgestellten Schlusskursen zum 31. Dezember 2010 bewertet. Sofern es sich um Wertpapiere der Liquiditätsreserve handelt wurde zudem das Niederstwertprinzip beachtet.

Alle anderen auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Schulden wurden zu Referenzkursen der Europäischen Zentralbank oder, falls keine Referenzkurse festgestellt werden, zu am Devisenmarkt ermittelbaren Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

B. Erläuterungen zur Bilanz

Restlaufzeitengliederung

Die Fristengliederung nach Restlaufzeiten stellt sich wie folgt dar:

in EUR	2010	2009
Andere Forderungen an Kreditinstitute		
a) bis zu drei Monaten	10.075.654,38	5.072.012,55
	10.075.654,38	5.072.012,55
Forderungen an Kunden		
a) mit unbestimmter Laufzeit	188.995,71	497.040,99
	188.995,71	497.040,99
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) täglich fällig	688.937,34	80.566,19
	688.937,34	80.566,19

Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber verbundenen Unternehmen

Gliederung nach Bilanzpositionen in TEUR	2010	2009
Forderungen:		
sonstige Vermögensgegenstände	-	1
insgesamt	-	1
Verbindlichkeiten:		
sonstige Verbindlichkeiten	99	139
insgesamt	99	139

Gesamtbetrag aller auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden

Die Beträge stellen die Summen aus den €Gegenwerten der verschiedensten Währungen dar. Aus dem Unterschiedsbetrag kann nicht auf offene Fremdwährungspositionen geschlossen werden.

in TEUR	2010	2009
Vermögensgegenstände	1.732	1.223
Schulden	634	453

Börsenfähige Wertpapiere

in TEUR	2010	2009
börsennotiert		
Handelsbestand	3.027	1.619
nicht börsennotiert		
Handelsbestand	8	0
Beteiligungen	261	261

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere sind mit Ausnahme von Aktien im Buchwert von 78 T€(Vj. 244 T€) börsenfähig.

Handelsbestand (Aktiva 5a)

Im Handelsbestand auf der Aktivseite der Bilanz werden zum Bilanzstichtag nur Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen. Der Risikoabschlag für den Handelsbestand auf der Aktivseite wurde in Höhe von 102 T€gebildet.

Entwicklung des Anlagevermögens

in EUR	Anschaffungs- kosten	Zugänge Geschäftsjahr	Abgänge Geschäftsjahr	Umbuchungen	Abschrei- bungen insgesamt	Abschrei- bungen Geschäftsjahr	Restbuchwert 31.12.2010	Restbuchwert Vorjahr
Finanzanlagen								
Beteiligungen	1.010.710,00	-	375.001,00	-	249.998,00	-	385.711,00	760.712,00
Summe Finanzanlagen	1.010.710,00	-	375.001,00	-	249.998,00	-	385.711,00	760.712,00
immaterielle Anlagewerte								
Software	1.567.131,30	275.620,66	741,37	-	1.541.514,59	82.319,66	300.496,00	107.195,00
Anzahlungen auf imm. Anlagewerte	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe immaterielle Anlagewerte	1.567.131,30	275.620,66	741,37	-	1.541.514,59	82.319,66	300.496,00	107.195,00
Sachanlagen								
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.916.260,62	49.706,48	90.918,78	-	3.740.562,32	184.738,90	134.486,00	271.380,00
Summe Sachanlagen	3.916.260,62	49.706,48	90.918,78	-	3.740.562,32	184.738,90	134.486,00	271.380,00
Summe Anlagevermögen	6.494.101,92	325.327,14	466.661,15	-	5.532.074,91	267.058,56	820.693,00	1.139.287,00

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände nehmen Posten auf, die auf der Aktivseite anderen Bilanzposten nicht zuzuordnen sind. Sie betreffen vor allem Forderungen an das Finanzamt aus Körperschaftsteuerguthaben und Steuerrückforderungen in Höhe von 230 T€ (Vj. 557 T€). Ferner sind hier 17 T€ Forderungen aus gestellten Rechnungen (Vj. 10 T€) sowie 133 T€ abgegrenzte Erträge für erbrachte, aber noch nicht abgerechnete Dienstleistungen (Vj. 9 T€) enthalten.

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern wurden auf den Unterschiedsbetrag der höheren Wertansätze von Sachanlagen in der Steuerbilanz gegenüber der Handelsbilanz gebildet.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Der Bilanzposten enthält im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme von Wertpapierabwicklungsdienstleistungen einer Bank in Höhe von 1.048 T€ (im Vorjahr 628 T€). Die Verbindlichkeiten aus Leerverkäufen von Wertpapieren die hier im Vorjahresabschluss ausgewiesen wurden, sind nach dem Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts unter dem passiven Handelsbestand auszuweisen, soweit die Geschäfte dem Handelsbestand zuzurechnen sind. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat die Leerverkäufe im Rahmen seiner Tätigkeit als Skontrofürer und Spezialist abgeschlossen, sodass sie dem Handelsbestand zuzurechnen sind.

Handelsbestand Passiva 3a)

Im Handelsbestand auf der Passivseite der Bilanz werden zum Bilanzstichtag nur Verbindlichkeiten aus dem Leerverkauf von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen. Der Risikozuschlag für den Handelsbestand auf der Passivseite beträgt 32 T€

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten nehmen Posten der Passivseite auf, die anderen Bilanzposten nicht zuzuordnen sind. Von den 1.101 T€ (Vj. 779 T€) entfallen 917 T€ (Vj. 600 T€) auf Verbindlichkeiten und Abgrenzungen aus bezogenen Lieferungen und Leistungen, 85 T€ (Vj. 76 T€) auf noch nicht abgeführte Lohnsteuer sowie 99 T€ (Vj. 103 T€) auf an die Muttergesellschaft abzuführende Umsatzsteuer.

Aktive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern wurden auf den Unterschiedsbetrag der höheren Wertansätze von Rückstellungen in der Handelsbilanz gegenüber der Steuerbilanz gebildet.

Rückstellungen

In die Rückstellungen wurden Beträge eingestellt, die in die Erfolgsrechnung des Geschäftsjahres oder früher gehören, deren Höhe oder Fälligkeit aber noch nicht endgültig feststehen. Die Aufgliederung der anderen Rückstellungen ist der folgenden Aufstellung zu entnehmen:

Rückstellung für	31.12.2010	31.12.2009
Personalaufwendungen	615 T€	430 T€
Umlagen der Bankenaufsicht	190 T€	300 T€
Rückbaumaßnahmen	123 T€	201 T€
Kosten des Jahresabschlusses	101 T€	117 T€
Wertpapierabwicklungsdienstleistungen	51 T€	42 T€
Drohende Verluste aus Abwicklungsvereinbarung	37 T€	37 T€
Beratungs-, Prüfungsleistungen	23 T€	9 T€
Mietnebenkosten, Strom	18 T€	75 T€
Verbandsbeiträge	18 T€	46 T€
Sonstige Aufwendungen	87 T€	36 T€
Summe	1.263 T€	1.293 T€

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Die Gesellschaft ist gemäß § 340e Abs. 4 HGB verpflichtet, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB jährlich zehn Prozent der Nettoerträge des Handelsbestands zuzuführen. Der Posten darf zum Ausgleich von Nettoverlusten des Handelsbestands aufgelöst werden oder soweit er 50 Prozent des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands übersteigt.

Zum 31. Dezember 2010 ist nach dieser Regelung eine Zuführung in Höhe des Bilanzausweises in Höhe von 1.805.127,77 € erfolgt.

Stammkapital / Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt zum 31. Dezember 2010 vor Absetzung der eigenen Anteile insgesamt 24.282.354,00 €. Das Stammkapital der AG ist eingeteilt in 24.282.354 Stück auf den Inhaber lautende Stückaktien. Größter Anteilseigner und Muttergesellschaft im Sinne des § 290 HGB ist die Berliner Effektengesellschaft AG, Berlin, die auch oberstes Konzernmutterunternehmen ist.

Im Geschäftsjahr wurden 100.904 Aktien im Rahmen des Bezugs aus den Optionsprogrammen ausgegeben. Zum Bilanzstichtag hält die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank 30.082 Stück eigene Aktien mit einem rechnerischen Wert in Höhe von 30.082,00 €.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand war aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 31. März 2006 ermächtigt, das gezeichnete Kapital bis zum 30. März 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bareinlage oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals um bis zu 11.500.000,00 € zu erhöhen und dabei einen vom Gesetz abweichenden Beginn der Gewinnbeteiligung zu bestimmen. Im Geschäftsjahr wurde von der Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Bedingtes Kapital

Das bedingte Kapital ist für die Ausgabe von Optionsrechten, Optionsscheinen ohne Schuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen oder Bezugsrechten ohne Schuldverschreibungen vorgesehen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 31. März 2006 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 30. Juni 2008 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder auf den Namen lautende verzinsliche Wandelschuldverschreibungen und/oder Optionsrechten mit einer Laufzeit von längstens fünf Jahren und mit einem Wandlungs- beziehungsweise Bezugsrecht auf bis zu 2.300.000 neue Inhaberstückaktien der Gesellschaft zu begeben beziehungs-

weise zu gewähren. Auf der Hauptversammlung am 20. Juni 2008 wurde diese bestehende Ermächtigung aufgehoben, soweit sie den Betrag von 991.000,00 € übersteigt. Aus den an die Mitarbeiter in den Geschäftsjahren 2007 und 2008 ausgegebenen Optionsrechten können bis März 2013 Inanspruchnahmen erfolgen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2008 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 19. Juni 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder auf den Namen lautende verzinsliche Wandelschuldverschreibungen und/oder Bezugsrechte ohne Ausgabe von Schuldverschreibungen (nachfolgend: „Mitarbeiteroptionen“) mit einer Laufzeit von längstens fünf Jahren und mit einem Wandlungs- beziehungsweise Bezugsrecht auf bis zu 1.424.000 neue Inhaberstückaktien der Gesellschaft nach näherer Maßgabe der Anleihe- bzw. Bezugsbedingungen zu begeben bzw. zu gewähren. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Die Mitarbeiteroptionen sind den Berechtigten zur Umsetzung des Mitarbeiterbeteiligungsprogramms der Gesellschaft anzubieten.

in TEUR	Bedingtes Kapital 01.01.2010	Zugänge	Verfall / Verbrauch	Bedingtes Kapital 31.12.2010	dav. belegtes bedingtes Kapital	dav. freie Linien
Optionsrechte	991	0	-102	889	889	0
Wandelschuldverschreibungen / Bezugsrechte	1.424	0	0	1.424	980	444
Gesamt	2.415	0	-102	2.313	1.869	444

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat von 2007 bis 2010 Aktienoptionsprogramme für die Mitarbeiter der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank aufgelegt. 2010 wurden 483.000 Optionsrechte an Mitarbeitern ausgegeben, von denen bereits 1.000 durch Ausscheiden verfallen sind. Eine Option berechtigt jeweils zum Kauf einer Stückaktie der Gesellschaft, die einem Anteil am Grundkapital in Höhe von 1,00 € entspricht.

Jahr der Zuteilung	2007	2008	2009	2010
Ausübungszeitraum	15.02.09 - 14.02.12	01.03.10 - 31.03.13	04.03.11 - 04.03.14	19.03.12 - 19.03.15
Ausübungspreis	5,20 €	4,70 €	4,58 €	6,00 €
Ausübungshürde	5,19 €	4,69 €	4,60 €	6,00 €
angebotene Optionen	496.500	500.000	500.000	483.000
angenommene Optionen	496.500	500.000	497.000	483.000
Wert eines Optionsrechts bei Ausgabe	0,77 €	0,11 €	0,12 €	0,33 €
Bestand am 01.01.10	448.550	485.500	487.500	-
neu ausgegebene Optionen	-	-	-	483.000
verwirkte Optionen	-	-	-	1.000
ausgeübte Optionen	9.500	91.404	-	-
verfallene Optionen	-	-	-	-
Bestand am 31.12.10	439.050	394.096	487.500	482.000
davon ausübbar	-	394.096	-	-

Der Ausübungspreis der Optionen steigt um 6 % je Jahr der Laufzeit an.

Kapitalrücklagen

Aus dem Bezug von Aktien aus den Optionsprogrammen flossen 435.173,04 € in die Kapitalrücklage. Diese erhöhte sich daher von 2.071.318,28 € auf 2.506.491,32 €. Ferner überstiegen die Veräußerungserlöse eigener Anteile die Anschaffungskosten um 2.679,72 €, die ebenfalls der Kapitalrücklage zuzuführen waren. Zum Bilanzstichtag wird eine Kapitalrücklage in Höhe von 2.509.171,04 € ausgewiesen.

Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen

In Höhe des Buchwertes der Aktien des Mutterunternehmens, der Berliner Effektengesellschaft AG, in Höhe von 878,64 € ist in der Bilanz eine Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen auszuweisen. Der Rücklage wurden zum 31. Dezember 2010 878,64 € aus dem Jahresüberschuss der Rücklage zugeführt

Gewinnrücklagen

In die Gewinnrücklagen wurden die Beträge aus dem erstmaligen Ausweis der latenten Steuern durch die Anwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts eingestellt. Ferner besteht nun keine Pflicht zur Bildung einer Rücklage für eigene Aktien mehr, sondern diese werden vom Eigenkapital abgesetzt. Daher erfolgt eine Umgliederung der Rücklage für eigene Aktien in die anderen Gewinnrücklagen in den Vergleichswerten 2009. Die anderen Gewinnrücklagen werden zudem um die Anschaffungskosten der eigenen Aktien verringert, soweit sie nicht auf den rechnerischen Wert entfallen. Insgesamt erhöhen sich die anderen Gewinnrücklagen durch die Anwendung des neuen Bilanzrechts um 360.959,01 €

Aus dem Handel in eigenen Aktien resultiert für das vergangene Geschäftsjahr eine Verringerung der anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 1.199,27 €

Die Kapitalrücklage und die gesetzlichen Rücklagen betragen zusammen mehr als 10 % des gezeichneten Kapitals gemäß der Anforderung des § 150 Abs. 2 AktG. Somit ist keine Dotierung der gesetzlichen Rücklagen erforderlich.

Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss fest, können sie einen die Hälfte übersteigenden Teil des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen, bis die Hälfte des Grundkapitals erreicht ist.

Aus den anderen Gewinnrücklagen wird zum 31. Dezember 2010 ein Betrag in Höhe von 529.319,16 € entnommen.

Eigene Aktien

Die Gesellschaft wurde gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG mit Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2009 ermächtigt, die Aktien der Gesellschaft zum Zwecke des Handels in eigenen Aktien zu erwerben.

Die Ermächtigung war auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu fünf vom Hundert beschränkt und galt bis zum 25. Februar 2011. Der Handel durfte zu Preisen stattfinden, die den Eröffnungskurs der Aktie der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse an dem jeweils vorangehenden Börsentag um nicht mehr als 20 % über- oder unterschritten. Auf der Hauptversammlung vom 17. Juni 2010 wurde eine neue Ermächtigung mit den gleichen Bedingungen und einer Befristung bis zum 16. Juni 2015 erteilt.

2010 wurde von den Ermächtigungen zum Kauf eigener Aktien zu Handelszwecken Gebrauch gemacht. In der folgenden Tabelle ist jeweils die Anzahl der gehandelten Stücke für die Kalendermonate angegeben. Die Käufe erfolgten über TRADEGATE. 2010 wurden von der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank 49.835 Stück Aktien zu 293.822,90 € erworben. Verkäufe erfolgten in Höhe von 49.336 Stück Aktien mit Erlösen in Höhe von 294.804,35 € Infolge der Änderungen des Handelsrechts werden eigene Aktien im Bestand nicht mehr als Vermögensgegenstände ausgewiesen, sondern vom Eigenkapital abgesetzt.

Monat	Stück gekaufte	Stück verkaufte	anteiliges Grundkapital
Anfangsbestand	29.583		0,12%
Jan 10	3.695	3.354	0,02%
Feb 10	2.381	1.805	0,01%
Mrz 10	5.860	12.110	0,02%
Apr 10	22.550	14.606	0,09%
Mai 10	3.046	600	0,01%
Jun 10	1.420	3.470	0,01%
Jul 10	300	5.293	0,00%
Aug 10	1.061	420	0,00%
Sep 10	426	680	0,00%
Okt 10	2.300	1.386	0,01%
Nov 10	2.345	2.512	0,01%
Dez 10	4.451	3.100	0,02%
Summe	49.835	49.336	0,21%

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Provisionserträge und -aufwendungen

Die Provisionserträge und -aufwendungen enthalten die Erträge und Aufwendungen, die im Rahmen des Geschäftsbetriebes durch die Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen in Rechnung gestellt werden. Die wesentlichen Posten sind die Courtageerträge und -aufwendungen aus dem börslichen Maklergeschäft (Netto 1.833 T€ Vj. 1.083 T€). Courtageerträge und -aufwendungen werden handels-täglich brutto gebucht. Die Provisionsaufwendungen für die Abwicklung des Wertpapierhandels sind nach den Neuregelungen des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts nunmehr unter dem Nettoergebnis des Handelsbestands ausgewiesen.

Nettoertrag des Handelsbestands

Die Erträge und Aufwendungen des Handelsbestands sind zum einen die Gewinne oder Verluste, die durch den Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten, insbesondere von Wertpapieren, aufgrund von Marktpreisschwankungen entstehen. Abschreibungen auf Handelsbestände werden hiervon abgesetzt. Ferner sind die Differenzen aus Aufgabegeschäften hier auszuweisen. Erträge oder Aufwendungen aus Futures oder Optionen fielen im vergangenen Geschäftsjahr nicht an. Die Ergebnisse aus Devisenpositionen, die im Zusammenhang mit Handelsbeständen in Wertpapieren entstanden sind, sind ebenfalls hier enthalten.

in TEUR	2010	2009
Nettoergebnis Wertpapierhandel	21.152	16.217
Nettodifferenzen aus Aufgaben	2.870	2.602
Sonstige Nettoergebnisse	-260	-117
Erträge aus dem Handelsbestand	166	129
Provisionsaufwendungen aus dem Wertpapierhandel	-5.877	-5.058
Summe	18.051	13.773

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Positionen, die nicht dem eigentlichen Geschäft zuzuordnen sind. Die wesentlichen Positionen der sonstigen betrieblichen Erträge sind der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen.

Sachverhalt	2010	2009
Umlagen sonstige Unternehmen	437 T€	345 T€
Umlagen verbundene Unternehmen	182 T€	504 T€
Auflösung von Rückstellungen	139 T€	76 T€
Erlöse aus der Übertragung von Rechten	52 T€	0 T€
Aufzinsung Körperschaftsteuerguthaben	12 T€	7 T€
Erstattung von Beiträgen	0 T€	172 T€
Schadenersatz	0 T€	10 T€
Sonstige	34 T€	11 T€
Summe	856 T€	1.125 T€

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 139 T€ enthalten (Vj. 173 T€).

Periodenfremde Sachaufwendungen

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind 174 T€ periodenfremden Sachaufwendungen aus Umlagen für die Bankenaufsicht enthalten (Vj. 0 T€).

Steuern

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen Steuern für vergangene Jahre aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sowie Steuervorauszahlungen und –rückstellungen für 2010. Ab dem Geschäftsjahr 2010 sind hier auch Zuführungen und Auflösungen von latenten Steuern enthalten. Die Zuführungen zu den Rückstellungen für voraussichtliche Steuerzahlungen des Veranlagungszeitraums 2010 betragen 507 T€ (Vj. 444 T€). Für andere Veranlagungszeiträume werden Steuerstattungen in Höhe von 305 T€ erwartet.

D. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den 31. Dezember 2010 bzw. auf das Geschäftsjahr 2010, sofern kein anderes Datum angegeben ist.

Tradegate Exchange GmbH, Berlin

Stammkapital:		500.000,00 €
Anteil:	25,0 %	124.999,00 €
Eigenkapital:		572.677,42 €
Jahresüberschuss:		72.400,23 €

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus abgeschlossenen Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen bestehen Verpflichtungen in Höhe von 2.341 T€(Vj. 2.298 T€). Sie betreffen in erster Linie die mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012 abgeschlossenen Mietverträge für Büroräume.

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat Avalkredite bei der quirin bank AG und der Delbrück Bethmann Maffei AG aufgenommen. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 2.946 T€(Vj. 4.806 T€). Die Avalkredite dienen vor allem als Sicherheitsleistung nach dem Börsengesetz für die Risiken aus der Abwicklung von Aufgabegeschäften und aus Kursdifferenzen. Für die Avalkredite haben wir Guthaben und Wertpapiere in entsprechender Höhe verpfändet.

Mitarbeiter

Die Anzahl der Mitarbeiter entwickelte sich wie folgt:

	weiblich	männlich	gesamt	Gesamt Vorjahr
im Jahresdurchschnitt				
Vorstandsmitglieder	1,0	4,0	5,0	5,0
Händler	6,8	35,8	42,6	40,3
Sonst. Angestellte	12,4	17,0	29,4	28,3
Mutterschutz / Elternzeit	1,3	-	1,3	2,3
Auszubildende	0,5	-	0,5	2,0
Werkstudenten	-	1,5	1,5	1,0
Gesamt	22,0	58,3	80,3	78,8
darunter Teilzeitkräfte (volle Kopfzahl)	5,0	3,8	8,8	7,3
darunter Teilzeitkräfte (auf Vollzeitstellen umgerechnet)	4,1	2,1	6,2	4,9
zum 31. Dezember 2010				
Vorstandsmitglieder	1	4	5	5
Händler	7	36	43	42
Sonst. Angestellte	12	19	31	25
Mutterschutz / Elternzeit	2	-	2	2
Auszubildende	-	-	-	2
Werkstudenten	-	3	3	1
Gesamt	22	62	84	77
darunter Teilzeitkräfte (volle Kopfzahl)	6	5	11	7
darunter Teilzeitkräfte (auf Vollzeitstellen umgerechnet)	4,8	2,5	7,3	4,4

Organe der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

Im Folgenden sind gemäß § 285 Nr. 10 HGB die Mitglieder des Vorstandes und die Mitglieder des Aufsichtsrates zum 31. Dezember 2010 aufgelistet.

Mitglieder des Vorstands

Thorsten Commichau, Berlin
Jörg Hartmann, Berlin
Klaus-Gerd Kleversaats, Berlin
Holger Timm, Berlin
Kerstin Timm, Berlin

Mitglieder des Aufsichtsrats

Prof. Dr. Jörg Franke, Frankfurt am Main (Vorsitzender)

Karsten Haesen, Berlin,
Vorstand der Ventegis Capital AG, Berlin

Wolfgang Hermanni, Berlin,

Dr. Andor Koritz, Berlin (stellv. Vorsitzender)
Rechtsanwalt

Rainer Riess, Frankfurt am Main (seit 15. Januar 2010)
Managing Director Market Development, Deutsche Börse AG

Pamela Schmidt-Fischbach, Nürnberg
Direktor Legal Department Cortal Consors S.A. Zweigniederlassung Deutschland

Organbezüge

Die Vorstandsmitglieder erhielten von der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank Bezüge in Höhe von 984 T€ Davon entfielen 0,4 T€ auf geldwerte Vorteile aus einer Gruppenunfallversicherung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten Bezüge in Höhe von 54 T€ einschließlich Umsatzsteuer.

Honorare an Dohm Schmidt Janka Revision und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat im vergangenen Geschäftsjahr an den Abschlussprüfer, die Dohm Schmidt Janka Revision und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, folgende Zahlungen geleistet und folgenden Aufwand erfasst:

in TEUR	Zahlungen	Aufwand
Für die Abschlussprüfung	71	68
Für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	19	19
Gesamt	90	87

Im Vorjahr waren folgende Beträge erfasst:

in TEUR	Zahlungen	Aufwand
Für die Abschlussprüfung	70	53
Für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	18	18
Gesamt	88	71

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn 2010 zur Zahlung einer Dividende in Höhe von 0,07 € je umlaufender Aktie am Tag der Hauptversammlung zu verwenden. Der nicht benötigte Teil des Bilanzgewinns soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Berlin, 22. Februar 2011

Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm

Lagebericht der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2010

1. Vorwort

Die Gliederung des Lageberichtes folgt im Wesentlichen den vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. verabschiedeten im Deutschen Rechnungslegungs Standard 15 niedergelegten Regelungen.

2. Geschäft und Strategie

2.1. Organisation und Geschäftsfelder

Die Gesellschaft verfügt über die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erteilte Erlaubnis zum Betreiben von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften. Der volle Umfang der Erlaubnis kann auf der Homepage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingesehen werden. Die wesentlichen Erlaubnistatbestände aus Sicht der Gesellschaft sind:

Einlagengeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG),
Kreditgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 KWG),
Finanzkommissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG),
Depotgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 KWG),
Emissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 KWG),
Anlagevermittlung (§1 Abs.1a Satz 2 Nr. 1 KWG),
Abschlussvermittlung (§1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 2 KWG),
Eigengeschäft (§ 1 Abs. 1a Satz 3 KWG) und
Eigenhandel für andere (§1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 4 KWG).

Zur Umsetzung ihrer Geschäftsfelder ist die Gesellschaft als Skontroführer an der Frankfurter Börse und der Börse Berlin tätig. Sie hat weitere Börsenzulassungen in München, Stuttgart, Hamburg, Hannover und Düsseldorf und ist Designated Sponsor auf XETRA. Der Schwerpunkt der Handelstätigkeit liegt seit einigen Jahren in der Betreuung von Finanzinstrumenten (Aktien und ETFs) als sogenannter Liquidity Provider an der TRADEGATE EXCHANGE. Der Betrieb der TRADEGATE EXCHANGE erfolgt durch die Tradegate Exchange GmbH, Berlin, an der die Gesellschaft zum Bilanzstichtag noch knapp 25% der Geschäftsanteile hält und die als „Joint Venture“ gemeinsam mit dem Mehrheitsgesellschafter Deutsche Börse AG betrieben wird.

Die Gesellschaft stellt an verschiedenen Börsen fortlaufend in rund 10.000 Wertpapiergattungen, überwiegend Aktien, An- und Verkaufspreise. Soweit die Gesellschaft ihre Tätigkeit als Skontroführer an den Börsen in Frankfurt und Berlin wahrnimmt, fließt ihr für Umsätze eine Provision, die Maklercourtage, zu. Wesentliche Ertragsquelle ist aber das Finanzergebnis, das sich aus dem rechnerischen Spread zwischen Ankauf und Verkauf einer Position ergibt. An elektronischen Börsen oder Marktplätzen wie XETRA oder TRADEGATE EXCHANGE wird keine Maklerprovision fällig und der Ertrag wird hier durch das Finanzergebnis aus An- und Verkauf bestimmt. Da das Geschäft volumengetrieben ist, versucht die Gesellschaft, möglichst viele Kunden mit ihren Preisen zu erreichen. Mittel- oder langfristige Risikopositionen aus dem Eigenhandel sind nicht vorgesehen und nicht Teil des Geschäftskonzeptes. Längerfristige Eigenbestände sind daher immer ausschließlich Teil der Liquiditätssteuerung der Gesellschaft und dem Vorstand vorbehalten.

Die Geschäftsführung, alle administrativen Bereiche und die überwiegenden operativen Bereiche sind am Hauptsitz der Gesellschaft in Berlin angesiedelt. In Frankfurt am Main unterhält die Gesellschaft eine technisch und personell ausgestattete Niederlassung für die lokal angesiedelte Skontroführung an der Frankfurter Börse.

Wegen der ständig zunehmenden Bedeutung des computergestützten Handels liegt ein Schwerpunkt der Gesellschaft in den beiden Abteilungen IT-Operations und IT-Development. Die Gesellschaft ist daher in diesen Bereichen weitgehend autark und legt insbesondere Wert auf die Entwicklung proprietärer Programme für die Bereiche Handel, Handelsabwicklung und Risikocontrolling.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht aus fünf Vorstandsmitgliedern, von denen zwei für die Handelsbereiche einschließlich der Leitung der Niederlassung in Frankfurt zuständig sind. Ein weiteres Vorstandsmitglied ist für die Bereiche IT-Development und IT-Operations zuständig und betreut die Tradegate Exchange GmbH als Geschäftsführer. Der neu aufgebaute Bereich der Bankgeschäfte liegt in der Verantwortung eines weiteren Vorstandsmitglieds. Der Vorstandssprecher ist schwerpunktmäßig für die strategische Planung und Koordination sowie die administrativen Bereiche wie Organisation, Personalwesen, Compliance und Recht, Marktfolge Kreditgeschäft, Revision und Verhinderung von Geldwäsche sowie Rechnungswesen einschließlich Controlling und Meldewesen zuständig.

2.2. Wettbewerbsposition, Ziele und Strategie

Im Jahr 2010 wurde die seit dem Jahr 2000 entwickelte und betriebene Handelsplattform TRADEGATE® erstmals als neue Wertpapierbörse in Deutschland und Europa betrieben. Damit steht die TRADEGATE EXCHANGE nun in einem direkten und vergleichbaren Wettbewerb insbesondere mit den sieben deutschen Präsenzbörsen. Für die Gesellschaft ist der weitere Erfolg der TRADEGATE EXCHANGE wichtig, weil inzwischen rund 95% der Geschäftsabschlüsse und 86% der Erträge aus dem Handel als Spezialist für Aktien und ETFs an der TRADEGATE EXCHANGE resultieren. Um den nachhaltigen Erfolg und das weitere Wachstum an der TRADEGATE EXCHANGE zu sichern bzw. zu steigern, wurde im Geschäftsjahr 2010 die Trägergesellschaft der neuen Börse, die Tradegate Exchange GmbH, als Joint Venture mit dem neuen Mehrheitsgesellschafter, der Deutschen Börse AG, betrieben. Der Zuwachs von rund 31% in der Anzahl der Aktientrades an der TRADEGATE EXCHANGE fiel in 2010 zwar erfreulich, aber nicht überragend aus, da auch die relevanten Wettbewerber ähnliche Zuwächse verzeichnen konnten. Der Marktanteil der TRADEGATE EXCHANGE am Aktienhandel, im Vergleich zu den sieben deutschen Wettbewerbsbörsen, konnte zum Jahresende aber von 30 % auf immerhin 36% gesteigert werden, sodass sich der Abstand zum bisherigen Marktführer Frankfurter Wertpapierbörse mit ca. 42% weiter verringert hat. In ausgewählten umsatzstarken Werten, z. B. des HDAX, hat die TRADEGATE EXCHANGE bereits im Dezember die Spitzenstellung im Vergleich mit den sieben deutschen Präsenzbörsen erreicht.

Im Jahr 2010 konnten mehrere neue Kunden für die TRADEGATE EXCHANGE gewonnen werden, die allerdings erst ab März 2011 zu einem deutlichen Umsatzzanstieg und Marktanteilsgewinnen führen sollten. Allein die technische Anbindung und die rechtliche Einbindung in die Best Execution Policies der verschiedenen Marktteilnehmer erfordert immer einen längeren zeitlichen Vorlauf bei der Neukundengewinnung.

Neben der Tätigkeit als Spezialist an der TRADEGATE EXCHANGE wird die Gesellschaft auch weiter als Skontroführer an der Berliner und der Frankfurter Wertpapierbörse tätig bleiben, wobei die Marktbetreuung an der Frankfurter Wertpapierbörse im Jahr 2011 durch die Überführung auf ein anderes Handelssystem (XETRA 2) eine erhebliche Veränderung erfahren wird und sich das Handelsmodell bzw. die Tätigkeit des zukünftigen Spezialisten der bereits an der Tradegate EXCHANGE langjährig geübten Praxis annähert.

Die Gesellschaft hat ihre Geschäftssparten mit der Aufnahme des Vollbankbetriebes zwar erweitert, wird sich aber auch langfristig auf ihre Kernkompetenz im Wertpapierhandel mit Aktien und ETFs konzentrieren. Durch den zu erwartenden Umsatzanstieg an der TRADEGATE EXCHANGE und die weitere Tätigkeit als Spezialist bzw. Skontrofführer auch an der Frankfurter und Berliner Wertpapierbörse sollte es der Gesellschaft auch in den kommenden Jahren gelingen, die für einen profitablen Geschäftsbetrieb erforderliche Menge an Geschäftsabschlüssen sicherzustellen.

2.3. Geschäftsverlauf und Entwicklung der Rahmenbedingungen

Die allgemeinen Rahmenbedingungen für Wertpapierhandelsfirmen, insbesondere im Handel mit Privatanlegern, haben sich im Jahr 2010 erstmals nach mehreren Jahren mit deutlichen Umsatzverlusten leicht verbessern können. Die Aktionärszahl in Deutschland befindet sich zwar weiter auf einem sehr niedrigen Niveau, aber immerhin hat sich der Aktienhandel der Privatanleger zumindest in Deutschland wieder deutlich belebt, wovon alle Geschäftsbereiche der Gesellschaft profitieren konnten.

Erstmals seit dem Jahr 2000, in dem die Gesellschaft mit der Entwicklung und dem Betrieb von TRADEGATE begonnen hat, konnte in allen zwölf Monaten des Jahres die kritische Umsatzmenge für einen profitablen Handel erreicht werden, und es war selbst in traditionell umsatzschwachen Sommermonaten ein - wenn auch kleiner - Monatsgewinn zu verzeichnen. Der umsatzschwächste Monat war der August, der umsatzstärkste Monat der November. Die zum 1. Januar 2009 eingeführte Abgeltungssteuer hat im Geschäftsjahr 2010 keinen nennenswerten negativen Einfluss mehr gehabt und trägt nun eher dazu bei, dass Aktienpositionen möglicherweise häufiger umgeschichtet werden, da durch eine längere Haltefrist keine Steuerfreiheit erzielt werden kann. Die zusätzliche Einführung einer sogenannten Transaktionssteuer, die ganz sicher zu gravierenden Umsatzrückgängen führen würde, ist als nationaler Alleingang bislang glücklicherweise nicht umgesetzt worden, wird aber von verschiedener politischer Seite weiter gefordert.

Nach den sehr starken Umsatzrückgängen sogenannter Börsenschlussnoten aus der Skontrofführung an den Börsen Frankfurt und Berlin in den letzten beiden Jahren (jeweils Rückgang von über 60%) konnten diese im Berichtsjahr endlich wieder um ca. 25,4% gesteigert werden (443.959 Schlussnoten gegenüber 354.063 Schlussnoten im Vorjahr), nachdem im Vorjahr ein Rückgang von 61,8 % zu verzeichnen war. Dennoch ist ein weiterer Verlust von Marktanteilen der traditionellen Börsen gegenüber elektronischen Börsen- oder Handelssystemen wie XETRA oder der TRADEGATE EXCHANGE festzustellen.

Auch im Jahr 2010 konnte im neunten Jahr in Folge die Transaktionszahl an der TRADEGATE EXCHANGE auf nun 3.115.526 Aktientransaktionen gesteigert werden. Nach dem sehr geringen Anstieg im Jahr 2009 fiel das Wachstum mit gut 31% wieder deutlich besser aus. Das durchschnittliche Handelsvolumen der einzelnen Aktientransaktionen ist im Jahr 2010 mit 5.443,00 € ebenfalls stärker angestiegen (Durchschnitt 2009: 4.395,00 €). Zum Höhepunkt der Finanzkrise mit entsprechend schwachen Aktienumsätzen (Oktober 2008 – März 2009) war das durchschnittliche Transaktionsvolumen der Privatanleger auf unter 3.400,00 € abgesunken. Insgesamt stieg das Handelsvolumen im Rahmen der Spezialistentätigkeit an der TRADEGATE EXCHANGE für Aktien und ETFs im Jahr 2010 überproportional von 10,45 Mrd € im Jahr 2009 um rund 60% auf nunmehr 16,96 Mrd. € an.

Sofern man berücksichtigt, dass aus einer herkömmlichen börslichen Transaktion durch einen Kunden in der Regel die dreifache Zahl von Schlussnoten entstehen, sind als Vergleichswert nur etwa 147.986 Geschäfte aus Skontrofführung in Frankfurt und Berlin den 3.115.572 einfach gezählten Transaktionen an der TRADEGATE EXCHANGE gegenüberzustellen. Dies bedeutet, dass im Geschäftsjahr der durch die TRADEGATE

EXCHANGE generierte Anteil der Gesamtgeschäfte der Gesellschaft bereits 95,47 % mit noch steigender Tendenz zum Jahresende betrug.

Die Gesellschaft hat daher wiederum unrentable Aktienskonten abgegeben, sodass sich die Skontrenanzahl zum 31. Dezember 2010 von 10.503 im Vorjahr auf nun 9.796 Wertpapiergattungen verringert hat. Die an der TRADEGATE EXCHANGE als Spezialist betreute Anzahl von Wertpapieren (Aktien und ETFs) wurde dagegen im Jahr 2010 von 4.070 auf nun 5.635 Gattungen erhöht.

Die Entwicklung der Anzahl der Mitarbeiter war relativ konstant. Acht Neuzugängen (davon vier im erweiterten Konzernverbund) standen zwei Austritte (ebenfalls im erweiterten Konzernverbund) gegenüber. Zum Jahresende waren 84 Mitarbeiter in der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank beschäftigt. Dies entspricht dem Personalstand zum Jahresbeginn einschließlich der damaligen Tochtergesellschaft Tradegate Exchange GmbH. Die Altersstruktur hat sich entsprechend des fast unveränderten Personalbestandes proportional zum Zeitablauf leicht verändert. Das Durchschnittsalter liegt bei etwa 38,6 Jahren (Vorjahr 37,9 Jahre) mit dem Schwerpunkt der Altersklasse 31 – 40 Jahre. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit beträgt 8,6 Jahre (Vorjahr 7,9 Jahre). Die Gesellschaft legt großen Wert darauf, ihre gut ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeiter auch in umsatzschwachen Zeiten zu halten. Ein flexibler Auf- oder Abbau, z.B. mit Zeitarbeitern je nach Geschäftsverlauf, ist in der Branche schlecht möglich und von der Gesellschaft auch nicht gewollt. Vielmehr stellt die Gesellschaft durch flexible Vergütungsmodelle sicher, dass einerseits in wirtschaftlich schwierigen Situationen keine untragbar hohen Festgehälter die Gesellschaft gefährden und andererseits in erfolgreichen Phasen die Mitarbeiter angemessen am Unternehmenserfolg beteiligt werden. Die Mitarbeiter und Vorstände der Gesellschaft erhalten neben ihren festen monatlichen Bezügen eine variable Vergütung. Das Gesamtvolumen der variablen Vergütung ist vom handelsrechtlichen Ergebnis der Gesellschaft abhängig und wird quartalsweise ermittelt. Die Verteilung auf die einzelnen Mitarbeiter und Vorstände erfolgt anhand verschiedener Kriterien, z. B. Stellung im Unternehmen, Betriebszugehörigkeit, besondere Aufgaben u.a.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden keine nennenswerten Neuinvestitionen, sondern nur die üblichen Ergänzungen oder Erneuerungen der bestehenden IT-Systeme vorgenommen. Software wird in der Regel durch die Gesellschaft selbst entwickelt und gewartet. Die darin einfließenden Personalkosten sind nicht aktivierungsfähig. Lediglich partiell werden einzelne Werkverträge nach außen vergeben, die je nach Umfang aktivierungspflichtig sind. Im Bereich Netzwerke, Datenbanken, Textverarbeitung usw. wird auf Standardsoftware der großen Anbieter zurückgegriffen.

Insgesamt ist der Kostenanteil für Administration und Verwaltung allein zur Einhaltung aller börslichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen sehr hoch. Dieser hat sich im Rahmen des im Jahre 2009 begonnenen Betriebes als Vollbank noch einmal deutlich erhöht. Besonders deutlich wird dies an dem extremen Anstieg der Umlagekosten durch die BaFin für die Aufsicht über den Wertpapierhandel. Abgesehen von den erheblich und überwiegend durch die Finanzkrise bedingten gestiegenen Gesamtkosten der BaFin (2008: 82 Mio. €, 2011 voraussichtlich 141 Mio. €), ist durch die Erweiterung der Geschäftslizenz der Gesellschaft als „Vollbank“ durch die BaFin eine nach unserer Auffassung nicht sachgerechte Umgruppierung im Rahmen der Gebührenordnung vorgenommen worden, die zu einer extremen Kostenbelastung geführt hat. Waren als Wertpapierhandelsbank noch jährliche Kosten zwischen 30.000,00 € und 50.000,00 € für den Aufsichtsbereich Wertpapierhandel zu veranschlagen, haben sich die Umlagenbescheide nunmehr wie folgt entwickelt: 2008: 312.000,00 €, 2009: 473.500,00 €, 2010: Schätzung in Höhe von 627.000,00 €, 2011: Vorauszahlungsbescheid über 712.000,00 €. Damit wird die Gesellschaft derzeit mit 3,68 % der Umlagekosten aller Kreditinstitute für den Aufsichtsbereich WP-handel belastet, obwohl die gestiegenen Aufsichtskosten in erster Linie durch die höheren Anforderungen an Beratungsprotokolle etc. verursacht werden

und nicht durch die Skontroführer oder Spezialisten. Im Extremfall kann dieser systematische Fehler in der Gebührenordnung der BaFin dazu führen, dass die Kosten der Aufsicht zwar von mehreren tausend Kreditinstituten verursacht werden, aber letztlich bis zu 50% der Kosten durch einige wenige Gesellschaften aufgebracht werden müssen, die alle Wertpapiergeschäfte als Spezialisten an den deutschen Börsen abwickeln. Die Gesellschaft hat daher zunächst Widerspruch gegen alle endgültigen Umlagebescheide der BaFin eingelegt und befindet sich für das Jahr 2008 nun im Verwaltungsgerichtsverfahren.

Angesichts der weiter gestiegenen allgemeinen Verwaltungskosten ist das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 4,218 Mio. € (+84 %) als erfreulich zu bezeichnen. Ein deutlicher Rückgang ist dagegen beim Jahresüberschuss auf nun 1,138 Mio. € zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist auf zwei Komponenten zurückzuführen. Zum einen greift die neue Vorschrift nach § 340e Abs. IV HGB, wonach 10 % des durchschnittlichen Handelsergebnisses der letzten 5 Jahre in den Fonds für allgemeine Bankrisiken eingestellt werden müssen. Da fast das gesamte Geschäftsergebnis der Gesellschaft aus dem jeweiligen Handelsergebnis resultiert, fällt die erstmalige Zuführung mit rund 1,8 Mio. € sehr hoch aus. Zum anderen wurden für die steuerlichen Verlustvorträge im Übergang auf die neuen Bilanzierungsrichtlinien aktive latente Steuern gebildet, sodass die Steuern vom Einkommen und Ertrag mit 1,275 Mio. € gegenüber 91 T€ im Vorjahr stark angestiegen sind.

3. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zum 1. Januar 2010 war das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts umfänglich anzuwenden. Danach waren unter anderem die Wertpapiere des Handelsbestands als neuer Posten auszuweisen. Auf der Aktivseite waren sie in der Vergangenheit unter den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie unter den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren auszuweisen. Die bisher in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthaltenen Leerverkäufe sind nunmehr als Handelsbestand in einem eigenen Posten der Passivseite der Bilanz. Zur besseren Vergleichbarkeit der Zahlen haben wir die Umgliederungen auch für die Vorjahre vorgenommen.

Die Vermögenslage der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ist von einer relativ hohen Liquidität und Eigenkapitalausstattung geprägt. Die Forderungen an Kreditinstitute stellen neben den Handelsbeständen die größten Posten der Aktiva. Der teilweise Verkauf der Beteiligung an der Tradegate Exchange GmbH wurde im Januar des Geschäftsjahres durchgeführt. Die Gesellschaft hält nun noch 25 % abzüglich eines Geschäftsanteils an der Tradegate Exchange GmbH.

Im Kreditgeschäft, das ausschließlich als Effektenlombardkreditgeschäft betrieben wird, kam es noch nicht zum Abschluss von Kreditverträgen und Inanspruchnahmen. Es flossen aber erste Einlagen von privaten Kunden der Gesellschaft zu, sodass zum Bilanzstichtag die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die neben den Kundeneinlagen aus dem Private Banking auch Forderungen aus der Skontroführung enthalten, auf 689 T€ anstiegen. Davon entfallen auf die Kundeneinlagen aus dem Privat Banking 583 T€. Die Anlage der Kundeneinlagen erfolgt fristenkongruent bei inländischen Kreditinstituten oder der Deutschen Bundesbank.

In der nachstehenden Tabelle ist die Entwicklung der Aktivposten in den letzten drei Jahren dargestellt.

Aktivposten	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
Barreserve	- T€	1 T€	648 T€
Forderungen an Kreditinstitute	30.353 T€	29.790 T€	33.555 T€
Forderungen an Kunden	159 T€	497 T€	189 T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	300 T€	- T€	- T€
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.062 T€	- T€	- T€
Handelsbestand	3.242 T€	1.835 T€	3.113 T€
Beteiligungen	261 T€	261 T€	386 T€
Anteile an verbundenen Unternehmen	50 T€	500 T€	- T€
Immaterielle Anlagewerte	148 T€	107 T€	301 T€
Sachanlagen	476 T€	271 T€	134 T€
Sonstige Vermögensgegenstände	393 T€	576 T€	380 T€
Rechnungsabgrenzungsposten	69 T€	63 T€	90 T€
aktive latente Steuern	- T€	- T€	37 T€
Summe Aktiva	44.513 T€	33.901 T€	38.833 T€

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft machen weiterhin nur einen kleineren Teil der Passivseite aus. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten 1.047 T€ (Vj. 629 T€) aus der Inanspruchnahme von Abwicklungsdienstleistungen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen, da erste Einlagen im Rahmen des Private Banking gewonnen wurden. Zum Bilanzstichtag belaufen sich diese auf 563 T€. Der auf der Passivseite ausgewiesene Handelsbestand setzt sich aus den im Rahmen der Tätigkeit als Spezialist und Skontroführer eingegangenen Leerverkäufe zusammen. Sie haben vor allem im Zuge des Wachstums der TRADEGATE EXCHANGE gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten zum einen Verbindlichkeiten aus im Rahmen des Geschäftsbetriebes bezogenen Lieferungen und Leistungen und zum anderen Verbindlichkeiten gegenüber der Bankenaufsicht. Der Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten ist auf die Nachforderung der Bankenaufsicht zurückzuführen. Größte Position des Postens Rückstellungen sind die Steuerrückstellungen in Höhe von 507 T€ (Vj. 444 T€). Mit dem Inkrafttreten der neuen Regelungen des HGB ist die Gesellschaft verpflichtet, offene Rücklagen für die Risiken aus Handelsbeständen zu bilden. Der Ausweis erfolgt unter dem Posten Fonds für allgemeine Bankrisiken. Dieser Fonds, der im Rahmen der Bankenaufsicht zum Kernkapital gerechnet wird, beträgt zum 31. Dezember 2010 1.805 T€. Der Rückgang der Eigenkapitalquote von 89 % auf 78 % ist vorwiegend auf den gestiegenen Handelsbestand und auf den Fonds für allgemeine Bankrisiken, der handelsrechtlich nicht zum Eigenkapital gerechnet wird, zurückzuführen. Das Eigenkapital zusammen mit dem Fonds für allgemeine Bankrisiken macht 82 % der Bilanzsumme aus.

Passivposten	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	843 T€	660 T€	1.358 T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	72 T€	80 T€	689 T€
Handelsbestand	2.045 T€	567 T€	1.952 T€
Sonstige Verbindlichkeiten	630 T€	779 T€	1.103 T€
Rechnungsabgrenzungsposten	54 T€	35 T€	10 T€
Passive latente Steuern	- T€	- T€	11 T€
Rückstellungen	2.193 T€	1.737 T€	1.769 T€
Fonds für allgemeine Bankrisiken	- T€	- T€	1.805 T€
Eigenkapital	38.676 T€	30.043 T€	30.136 T€
Summe Passiva	44.513 T€	33.901 T€	38.833 T€

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist vom hohen Eigenkapital und deren liquider Anlage geprägt. Den Verbindlichkeiten, die alle innerhalb eines Monats fällig sind, stehen die deutlich höheren Guthaben bei Kreditinstituten, die ebenfalls alle innerhalb eines Monats fällig sind, gegenüber. Die Kundeneinlagen aus dem Private Banking sind täglich fällig. In entsprechender Höhe werden liquide Mittel bei inländischen Kreditinstituten oder der Deutschen Bundesbank unterhalten. Kundenforderungen aus Bankgeschäften im Sinne des Kreditwesengesetzes bestehen zum Bilanzstichtag nicht. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank kann zusätzliche liquide Mittel aus Effektenlombardkreditlinien bei den das Wertpapiergeschäft abwickelnden Banken in Anspruch nehmen.

Die Ergebnisrechnung der Gesellschaft zeigt als wesentliche Posten das Provisionsergebnis und das Ergebnis des Handelsbestands. Die Entwicklung dieser Komponenten ist überwiegend entscheidend für die Ergebnisentwicklung. Das Provisionsergebnis enthält die Provisionsaufwendungen für die Abwicklung des Handelsgeschäfts nicht mehr. Diese sind nach neuer Rechtslage im Ergebnis des Handelsbestands auszuweisen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Zahlen der Vorjahre entsprechend angepasst. Das Provisionsergebnis ist im vergangenen Geschäftsjahr von 1.310 T€ auf 1.468 T€ gestiegen. Die Nettocourtage, die den wesentlichen Teil des Provisionsergebnisses ausmacht, stieg von 1.083 T€ auf 1.833 T€. In der Gewinn- und Verlustrechnung wird nun ein Nettoertrag des Handelsbestands statt des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften ausgewiesen. In dem neuen Posten werden die Provisionen und die laufenden Erträge, die dem Handelsbestand zuzurechnen sind, einbezogen. Die wesentlichen Einflussfaktoren des Nettoertrags des Handelsbestands sind die realisierten Ergebnisse aus der Tätigkeit als Spezialist, die Differenzen aus Aufgabengeschäften aus der Skontroführung und die Aufwendungen für die Abwicklung der Handelsgeschäfte. Einen untergeordneten Einfluss üben das Bewertungsergebnis und die laufenden Erträge (Dividenden, Zinsen) aus den Wertpapieren des Handelsbestands aus. Das Jahr 2010 begann mit einem guten ersten Quartal, dem ein noch besseres zweites Quartal folgte. Das dritte Quartal fiel traditionsgemäß schwächer aus, da, bedingt durch die Sommerferien, die Umsätze an den Märkten sich auf niedrigerem Niveau bewegen. Zum Jahresausklang folgte im vierten Quartal wieder eine Belebung des Geschäfts mit entsprechend positiven Ertragszahlen. Der Börsenstatus der TRADEGATE EXCHANGE seit Beginn des Jahres hat vermutlich einen Teil zu dieser positiven Entwicklung beigetragen.

Im Einzelnen entwickelten sich die wichtigsten Komponenten des Nettoertrages des Handelsbestands wie folgt. Die Nettodifferenzen aus Aufgabengeschäften stiegen um 10 % wieder an, nachdem im Vorjahr ein Rückgang in Höhe von 32,1 % zu verzeichnen war. Hintergrund des Anstiegs war unter anderem die teilweise Neuverteilung von Skontren an der Frankfurter Wertpapierbörse. Die realisierten Nettoergebnisse aus dem Wertpapierhandel, der Saldo aus realisierten Gewinnen und realisierten Verlusten, wurden deutlich um 4.902 T€ (Vj. + 2.186 T€, 15,4 %) gesteigert. Das stark belebte Geschäftsvolumen zog entsprechend höhere Aufwendungen für die Abwicklung des Geschäfts nach sich. Nach einem Anstieg auf 5.058 T€ im vorangegangenen Geschäftsjahr betragen die Aufwendungen 2010 5.877 T€.

Die geringe Veränderung der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen im Vorjahr konnte nicht beibehalten werden. Da die Mitarbeiter am besseren Betriebsergebnis beteiligt wurden, stiegen die Personalaufwendungen um 1.063 T€ an. Die Entwicklung der anderen Verwaltungsaufwendungen ist vor allem von zwei Faktoren geprägt. Zum einen hat die Handelstätigkeit an der TRADEGATE EXCHANGE deutlich zugenommen, wodurch sich die Teilnahme- und Transaktionsgebühren um 487 T€ erhöht haben. Zum anderen hat die Gesellschaft erheblich höhere Beiträge für die Aufsicht des Wertpapierhandels zu tragen. Die Umlagen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen für die Jahre 2009 und 2010 führen zu einem um 478 T€ höheren Aufwand als im Vorjahresabschluss. Die Umlage für die Wertpapierhandelsaufsicht machte 2008 noch etwa 12 % der Kosten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen aus. Mit einer stärkeren Überwachung des

Wertpapierhandels und der Beratungstätigkeit der Banken auf diesem Gebiet wurden 2009 bereits 18 % der Kosten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen im Rahmen der Wertpapierhandelsaufsicht auf die Kreditinstitute verteilt. Im Rahmen des bereits vorliegenden Vorauszahlungsbescheids für 2011 beträgt der Anteil an den Kosten sogar 20 %. Hinzu kommt eine erwartete Ausweitung der Kosten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen gegenüber 2008 in Höhe von 16 % bis 20 %. Diese Änderungen allein ziehen eine erhebliche Steigerung der Aufwendungen für die Wertpapieraufsicht nach sich, ohne dass die Anzahl der gemeldeten Wertpapiergeschäfte steigt. Unter steuerlich möglicher Nutzung der Verlustvorträge wurden für das Geschäftsjahr Steuer-rückstellungen in Höhe von 507 T€ gebildet. Der Steueraufwand, der die latenten Steuern aus der Nutzung der Verlustvorträge enthält, beträgt saldiert 1.275 T€.

Gewinn- und Verlustrechnung	2008	2009	2010
Zinserträge	1.017 T€	223 T€	172 T€
Zinsaufwendungen	- 4 T€	- 6 T€	- T€
Laufende Erträge	- T€	1 T€	- T€
Provisionserträge	3.573 T€	2.183 T€	3.330 T€
Provisionsaufwendungen	- 1.646 T€	- 873 T€	- 1.862 T€
Nettoergebnis des Handelsbestands	13.915 T€	13.773 T€	18.051 T€
Sonstige betriebliche Erträge	885 T€	1.125 T€	856 T€
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 13.318 T€	- 13.705 T€	- 16.024 T€
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	- 383 T€	- 351 T€	- 267 T€
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 10 T€	- 20 T€	- 28 T€
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere	- 1.060 T€	- 53 T€	- 10 T€
Erträge aus Zuschreibungen auf Forderungen und bestimmten Wertpapieren	- T€	- T€	- T€
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	- T€	- T€	- T€
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.969 T€	2.297 T€	4.218 T€
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	- T€	- T€	- 1.805 T€
Steuern von Einkommen und vom Ertrag	- 832 T€	- 91 T€	- 1.275 T€
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen	- T€	- T€	- T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	2.137 T€	2.206 T€	1.138 T€

Aus der Ergebnisentwicklung lassen sich die folgenden Kennzahlen ableiten:

- Aufwands-Ertrags-Relation (CIR) definiert als Quotient aus der Summe der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen und den Abschreibungen sowie dem Rohertrag,
- Eigenkapitalrendite (ROE) definiert als Quotient des Jahresüberschusses zuzüglich der Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken und dem durchschnittlichen Eigenkapital,
- Ergebnis je Aktie (EpS) definiert als Quotient des Jahresüberschusses zuzüglich der Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken und der Anzahl der Aktien am Bilanzstichtag.

	2008	2009	2010
CIR	81,3%	91,9%	82,7%
ROE	5,30%	6,42%	9,77%
EpS	0,088 €	0,091 €	0,121 €

Zusammenfassend kann von einer positiven Entwicklung im vergangenen Geschäftsjahr und zufriedenstellenden Lage der Gesellschaft gesprochen werden.

4. Nachtragsbericht

Es sind keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

5. Risikobericht

5.1. Institutsaufsicht

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank unterliegt aufgrund der Erlaubnis, Bank- und Finanzdienstleistungen erbringen zu dürfen, der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Danach müssen monatlich ein Zwischenausweis nebst Gewinn- und Verlustrechnung, die Berechnungen zur Solvabilitätsverordnung und zur Liquiditätsverordnung sowie quartalsweise Meldungen zu Groß- und Millionenkrediten abgegeben werden. Bei besonderen Ereignissen sind zudem gesonderte Anzeigen einzureichen. Aufgrund der Erlaubnis bestimmte Bankgeschäfte zu betreiben, ist die Gesellschaft verpflichtet, eine interne Revision gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu unterhalten.

Gemäß Teil 5 der Solvabilitätsverordnung sind bestimmte Informationen zum Risikomanagementsystem und zur Solvabilitätsverordnung offen zu legen. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank kommt den Offenlegungsvorschriften mit einem separaten Offenlegungsbericht nach.

Die Finanzholding-Gruppe Berliner Effektengesellschaft AG hat die Regelungen zur Solvabilitätsverordnung auf Gruppenebene zum zusammengefassten Monatsausweis und zu den Großkrediten von Institutsgruppen zu beachten. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ist per Gesetz übergeordnetes Unternehmen der Finanzholding-Gruppe. Die aufsichtsrechtliche Gruppe umfasst grundsätzlich alle Unternehmen, die auch in den handelsrechtlichen Konzernabschluss einbezogen werden. Lediglich die den sonstigen Unternehmen zuzurechnenden Konzerngesellschaften sowie die Sondervermögen sind in die Zusammenfassung nach dem KWG nicht einzubeziehen. Für die Finanzholding-Gruppe Berliner Effektengesellschaft AG sind die Ex-tra Sportwetten AG, Wien und der BEG Fonds 1, die im Rahmen einer Vollkonsolidierung in den IFRS-Konzernabschluss einbezogen werden, nicht in dieser Zusammenfassung enthalten. Ein Abzug des Buchwertes erfolgt für diese aufsichtsrechtlich nicht. Die quirin bank AG mit ihren Tochterunternehmen wird in den IFRS-Konzernabschluss at equity einbezogen. Für die aufsichtsrechtlichen Meldungen stellt sie nur eine Beteiligung der Berliner Effektengesellschaft AG dar. Die quirin bank AG ist eine eigenständige meldepflichtige Institutsgruppe.

Die Kennziffern auf Ebene des Instituts hinsichtlich der Solvabilitätsverordnung und der Liquiditätsverordnung erfüllten die Mindestanforderungen stets ohne Probleme. So lag die Gesamtkennziffer der Solvabilitätsverordnung zwischen 56,92 und 61,04. Für die bisherige Geschäftstätigkeit ist die Solvabilitätskennziffer nicht die entscheidende Größe für die Ausstattung mit Eigenkapital. Hier fallen die Anforderungen der Wertpapiermärkte stärker ins Gewicht, sodass sich, bezogen auf die zu unterlegenden Risikoaktiva, eine sehr komfortable Ausstattung mit Eigenmitteln ergibt. Im Hinblick auf das zukünftig betriebene Kreditgeschäft wird entsprechend der Geschäftsplanung ein Teil der Eigenmittel reserviert. Das Institut nutzt für die Institutsmeldung den Kreditrisikostandardansatz, den Standardansatz für Marktrisikopositionen und den Basisindikatoransatz für operationelle Risiken.

Die Eigenmittel der Finanzholding-Gruppe setzen sich aus dem gezeichneten Kapital der Berliner Effektengesellschaft AG, ihrer Kapitalrücklage sowie den sonstigen Rücklagen

zusammen, soweit sie im Rahmen der Eigenkapitalkonsolidierung nicht gekürzt werden. Davon werden eigene Anteile, aktivische Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung und immaterielle Vermögensgegenstände abgezogen. Unter den immateriellen Vermögensgegenständen werden Software und erworbene Werte ausgewiesen. Die Eigenmittel der Gruppe setzen sich ausschließlich aus Kernkapital zusammen. Für den 31. Dezember 2010 setzen sich die Eigenmittel wie folgt zusammen:

Bezeichnung	Betrag
eingezahltes Kapital	13.788 T€
eigene Anteile	-323 T€
Kapitalrücklage	31.530 T€
sonstige Rücklagen	16.832 T€
Anteile in Fremdbesitz	8.759 T€
aktivischer Unterschiedsbetrag	-8.002 T€
immaterielle Vermögensgegenstände	-396 T€
Kernkapital	62.188 T€

Die Meldung für die Finanzholding-Gruppe Berliner Effektengesellschaft AG erfolgt nach der Solvabilitätsverordnung. Die Gesamtkennziffer der Solvabilitätsverordnung auf Gruppenebene betrug von Januar bis Dezember 2010 zwischen 86,55 %, und 99,72 %.

5.2. Risikopolitische Strategie und Risikomanagement

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank bewegt sich in einem Umfeld, das zum einen starken Schwankungen hinsichtlich des Geschäftsumfanges und zum anderen einer Umwälzung der Rahmenbedingungen unterworfen ist. In diesem Umfeld ist es erforderlich, das Instrumentarium zur Handhabung, Überwachung und Steuerung der relevanten Risiken kontinuierlich weiter zu entwickeln. Mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) besteht ein strenger rechtlicher Rahmen für die Überwachungs- und Steuerungsmechanismen und ihrer Dokumentation. Unter Risiko wird grundsätzlich die negative Abweichung eintretender Ereignisse von den erwarteten Ereignissen verstanden. Schaden ist dann der Eintritt eines Risikos mit negativen Folgen. Da sich die Gesellschaft als Liquidity Provider bzw. Market Maker versteht, ist die Bildung und Übernahme von Wertpapierpositionen mit der Erwartung positiver Kursentwicklungen nicht der Ansatz der Geschäftsstrategie. Vielmehr zielt die Geschäftstätigkeit darauf ab, eine Vielzahl von Umsätzen in Wertpapieren zu ermöglichen. Dabei übernimmt die Gesellschaft im Laufe eines Tages zwischenzeitlich die Position als Käufer oder Verkäufer mit dem Ziel, sie weitgehend bis zum Handelsschluss weiter zu handeln. Die Positionen, die bis zum Beginn des Handels am nächsten Tag gehalten werden, sind entsprechend der Strategie der Gesellschaft im Verhältnis zum Handelsvolumen gering. Wenn nennenswerte Einzelpositionen offen gehalten werden, so erfolgt dies grundsätzlich im Rahmen von Liquiditätsanlagen. Die Entwicklungen in der deutschen und der europäischen Börsenlandschaft sind ein wichtiger Einflussfaktor für die Geschäftstätigkeit und die damit zusammenhängenden technischen Entwicklungen und Rahmenbedingungen. Diese Tendenzen sind frühzeitig auf die Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft und auf die technischen Notwendigkeiten hin zu beobachten. Falsche Entscheidungen können vor allem zu hohen Kosten, Ertragsausfällen und Zeitverzögerungen führen. Für die weitere Tätigkeit im Börsenhandel ist vor allem das Augenmerk auf eine weitere Verlagerung auf elektronische Handelssysteme und deren Auswirkung zu richten. Insbesondere der weiteren Ausgestaltung der Parkettbörsen in Deutschland, der Bedeutung des Handelssystems XETRA sowie europäische Entwicklungen nach dem Inkrafttreten der MiFID kommen strategische Bedeutung zu.

Basis des Risikomanagementsystems ist die Einteilung der Risiken in Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Adressenausfallrisiken und Liquiditätsrisiken. Das Risikomanage-

mentsystem unterscheidet die unmittelbar mit den Risiken umgehenden Bereiche, das Risikomanagement im engeren Sinne, und das Risikocontrolling, das die Risikosituation überwacht und das Risikomanagement insbesondere mit Informationen über eingegangene Risiken unterstützt. Der Bereich Controlling hat auch die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems wesentlich mit zu verantworten. Grundlage des Limitsystems ist das erwartete Ergebnis des Geschäftsjahres unter Einbeziehung der aktuellen Eigenkapitalausstattung und des aktuellen Ergebnisses des Geschäftsjahres. Für 2010 wurde eine Verlustobergrenze beschlossen, die im Verlauf des Geschäftsjahres nicht angepasst wurde.

5.3. Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden negative Abweichungen von erwarteten Marktpreisentwicklungen verstanden. Marktpreise sind Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse. Aus der Änderung resultieren Veränderungen des Wertes von im Bestand befindlichen Finanzinstrumenten, z. B. Aktien, Anleihen oder Bankguthaben in Fremdwährung, die zu ergebniswirksamen Abschreibungen führen können. Da ein Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Handel und der Vermittlung von Wertpapiergeschäften in Aktien ausländischer Unternehmen liegt, insbesondere in US-amerikanischen Titeln, kommt hier zudem ein indirektes Fremdwährungsrisiko zum Tragen. Änderungen z.B. des Devisenkurses des US-\$ ziehen bei idealen Märkten entsprechende Änderungen des Aktienkurses in € nach sich. Im Rahmen des Risikomanagementsystems wird dieses Risiko aus Wertpapiergeschäften implizit im Rahmen des Aktienkursrisikos betrachtet.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden die Controllinglimite erfolgreich überwacht. Aufgrund der Ergebniserwartung für 2010 und der Eigenkapitalausstattung wurde eine absolute Verlustobergrenze für alle Geschäfte der Gesellschaft seitens des Vorstandes beschlossen. Ein Teil dieser Verlustobergrenze wurde als Controllinglimite auf die Handelsbereiche Ausland, Inland und Frankfurt a. M. aufgeteilt. Mit diesen Controllinglimiten werden die schwebenden Verluste aus den offenen Positionen begrenzt. Die schwebenden Verluste errechnen sich aus dem Wert der offenen Position und dem aktuellen Wert anhand eines Referenzpreises. Dieser Referenzpreis wird laufend ermittelt und in das Überwachungssystem eingespielt. In 2010 kam es zu gelegentlichen, kurzfristigen Überschreitungen der meistens nur gering ausgelasteten Limite. Hintergrund der Limitüberschreitungen war in fast allen Fällen eine fehlerhafte Versorgung des Überwachungssystems mit Referenzpreisen. Bei einer Benachrichtigung des Risikocontrollings über eine Limitüberschreitung wird die Ursache ermittelt und der Controllingvorstand entsprechend informiert. Der Controllingvorstand hält dann Rücksprache mit dem betroffenen Handelsvorstand über die zu treffenden Maßnahmen und informiert das Risikocontrolling über das Ergebnis. Bei realisierten Verlusten, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten, erfolgt automatisch eine Reduzierung des betreffenden Limits. In einem nachfolgenden Abgleich des aktuellen Ergebnisses der Gesellschaft mit dem geplanten Ergebnis wird über die Beibehaltung oder die Änderung der Limitanpassung entschieden. In 2010 erfolgten keine Anpassungen der Controllinglimite für den Wertpapierhandel.

Ergänzend besteht ein Limit speziell für die Risiken aus den Beständen der Liquiditätsreserve. Die Bemessung der Höhe der Risiken wird analog der Betrachtung bei den Handelsbeständen gehandhabt. Bei Limitüberschreitungen wird der Vorstand unverzüglich informiert, der über die weitere Behandlung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve beschließt.

Ein weiteres Controllinglimit besteht für Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Banken, Kunden und Lieferanten, sofern diese nicht auf € lauten. Hier sind insbesondere Risiken aus bei inländischen Kreditinstituten bestehende USD-Guthaben zu nennen. Limitüberschreitungen gab es hier nicht. Devisenswaps zum Management des Devisenrisikos wurden im vergangenen Jahr nicht eingesetzt. Limitüberschreitungen ziehen eine

Benachrichtigung des Controllingvorstandes und des Handelsvorstandes nach sich, die dann über die weitere Vorgehensweise beschließen.

5.4. Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken sind die Risiken zu verstehen, die aus unangemessenen oder fehlerhaften Betriebsabläufen resultieren oder durch Mitarbeiter, Systeme oder externe Ereignisse, einschließlich der Rechtsrisiken, hervorgerufen werden.

Die bestehende Risikomatrix wurde bezüglich der Risiken, der Frühwarnindikatoren und möglichen Gegenmaßnahmen überprüft. Soweit es neue Erfahrungswerte gab, wurden die Frühwarnindikatoren neu in die Risikomatrix aufgenommen oder angepasst. Um einen Überblick über eintretende Schäden zu erhalten, waren die Mitarbeiter gehalten, Schadensfälle, die eine jeweils definierte Bagatellgrenze übersteigen, an das Risikocontrolling zu melden. Die entstandenen Schäden, die in erhöhtem Arbeitsaufwand bestanden, waren als gering einzustufen. Im Bereich IT-Operations wird ergänzend eine Liste für Systemänderungen, -störungen und -ausfälle geführt. Im vergangenen Jahr traten keine nennenswerten Störungen auf, die bestimmbare oder nennenswerte Schäden verursachten.

Das Management der operationellen Risiken obliegt den jeweiligen Abteilungsleitern. Sie überwachen die Arbeitsabläufe, greifen bei Bedarf ein oder passen sie an. Für operationelle Risiken wurde auf Basis der Eigenkapitalanforderung nach der Solvabilitätsverordnung ein Teil der Verlustobergrenze reserviert.

5.5. Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken umfassen die Adressenausfallrisiken und die Liquiditätsrisiken. Das Adressenausfallrisiko ist die Gefahr, dass Forderungen nicht rechtzeitig, nicht in voller Höhe oder gar nicht zurückgezahlt werden. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat ganz überwiegend Forderungen an Kreditinstitute. Wichtigste Bankverbindung, bei der auch die wesentlichen Teile der Liquiditätsanlagen getätigt wurden, ist die quirin bank AG. Da die quirin bank AG aufgrund der Konzernzugehörigkeit im Rahmen des Assoziierungsverhältnisses in ein monatliches Berichtswesen eingebunden ist und personelle Verflechtungen bestehen - der Vorsitzende des Vorstands ist Mitglied des Aufsichtsrates der quirin bank AG - stehen grundsätzlich zeitnah ausreichend Informationen zur wirtschaftlichen Lage zur Verfügung. Darüber hinaus bestehen Konten bei weiteren inländischen Kreditinstituten sowie einem ausländischen Kreditinstitut. Neben diesen dem Zahlungsverkehr und der Geldanlage dienenden Bankkonten bestehen Forderungen auf Steuerrückzahlungen sowie Forderungen aus dem Wertpapiergeschäft an andere Makler. Da diese über die Börsensysteme reguliert werden und die Marktteilnehmer der Aufsicht durch die Börsen und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegen, sind die Risiken hierdurch als gering anzusehen.

Das Risiko, dass ein Kontrahent eines außerbörslichen Wertpapierhandelsgeschäfts seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen nicht nachkommt, betrachten wir als eine Ausprägung des Adressenausfallrisikos. Schäden im Rahmen dieses Abwicklungsrisikos von Wertpapierhandelsgeschäften entstanden nicht.

Um das Adressenausfallrisiko zu minimieren, unterliegen alle einzelnen Transaktionen mit Adressen, die nicht über eine Zulassung an einer deutschen, westeuropäischen oder amerikanischen Börse verfügen, einer gesonderten Überwachung direkt durch den Vorstand. Dies betrifft überwiegend osteuropäische Handelsadressen.

Unter dem Liquiditätsrisiko sind die Gefahren zu verstehen, seinen Zahlungsverpflichtungen nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in vollem Umfang nachkommen oder Vermögensgegenstände aufgrund illiquider Märkte nicht oder nicht zu einem angemessenen

Preis veräußern zu können. Die Steuerung der Zahlungsbereitschaft erfolgt im Rahmen einer Planung der Zahlungsein- und -ausgänge für die folgenden zwölf Monate. Das erste Quartal wird auf Monatsbasis, die folgenden werden auf Quartalsbasis berichtet. Sollten bestimmte Grenzen unterschritten werden, erfolgt eine gegenüber dem normalen Turnus häufigere Berichterstattung. Im vergangenen Jahr wurden die selbst gesetzten Grenzen nicht unterschritten. Ergänzend unterliegt die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank den Bestimmungen der Liquiditätsverordnung, die bestimmte Mindestanforderungen an das Verhältnis von Finanzmitteln und Finanzverpflichtungen stellt. Die Kennziffern schwankten im vergangenen Jahr zwischen 3,89 und 8,09, bei einer Mindestkennziffer von 1. Das Marktliquiditätsrisiko wird durch die Auswahl der Handelsplätze, eine Berücksichtigung der jeweils aktuellen Marktlage beim Abschluss von Geschäften und der Begrenzung der offenen Positionen gesteuert und überwacht.

5.6. Berichterstattung

Der Gesamtvorstand erhält täglich einen Risikobericht, der die realisierten Ergebnisse des letzten Handelstages, des laufenden Monats und des laufenden Jahres sowie Angaben zu Limitänderungen und zu besonderen Vorkommnissen, wie nennenswerte Limitüberschreitungen und außergewöhnliche Geschäftsabschlüsse hinsichtlich Geschäftspartner, Volumen oder Konditionen enthält. Die Angaben zu den weiteren wesentlichen Risiken der Gesellschaft werden ebenfalls in den Bericht aufgenommen. Insbesondere Angaben zu Schadensfällen aus operationellen Risiken, besonderen Vorkommnissen und getroffenen Maßnahmen finden in den Bericht Eingang. Dieser Risikobericht ergänzt den monatlich dem Vorstand zur Verfügung gestellten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung. Dieser enthält neben der Bilanz und der Ergebnisrechnung Angaben zur Mitarbeiterentwicklung, zur Entwicklung der Wertpapiergeschäfte und einige Kennziffern. Über die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft erhält der Vorstand derzeit quartalsweise eine detaillierte Aufstellung. Um die Transparenz der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen zu erhöhen, werden dem Vorstand und den Abteilungsleitern Auswertungen über die den jeweiligen Bereichen zugerechneten Kosten zur Verfügung gestellt. In Gesprächen werden dann Fragen geklärt und ggf. Maßnahmen besprochen. Neben der höheren Transparenz soll auch die Sensibilität der Verantwortlichen gefördert werden.

6. Erklärung gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2010 abgegeben. Die Schlusserklärung dieses Berichts lautet:

"Über die vorstehend aufgeführten Rechtsgeschäfte und Maßnahmen hinaus sind im Berichtszeitraum keine Rechtsgeschäfte vorgenommen worden und auch keine Maßnahmen bekannt, über die berichtet werden müsste.

Der Vorstand der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, Berlin, erklärt gemäß § 312 AktG, dass die Gesellschaft für jedes Rechtsgeschäft mit dem herrschenden und den mit ihm verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die Beurteilung erfolgte jeweils anhand der Umstände zum Zeitpunkt in dem das Rechtsgeschäft abgeschlossen wurde."

7. Ausblick / Prognose

Die Gesellschaft erwartet für 2011 ein zumindest stabiles Geschäft im Handel mit Privatanlegern. Eine akute neue Finanzkrise mit entsprechenden Umsatzrückgängen ist derzeit jedenfalls nicht erkennbar. Bei der nach wie vor gegebenen Unsicherheit in Bezug auf Staatsanleihen verschiedener Schuldnerländer und den unattraktiven Zinsen könn-

ten gerade die für die Gesellschaft besonders wichtigen Aktienmärkte sogar weiter profitieren.

Durch bereits in 2010 erfolgte Anbindungen und Verträge mit verschiedenen neuen Marktteilnehmern an die TRADEGATE EXCHANGE ist unabhängig von dem allgemeinen Umfeld mit einem weiteren Gewinn von Marktanteilen und damit auch von einem deutlichen Umsatzanstieg auszugehen.

Auf der Kostenseite ist es der Gesellschaft für das Jahr 2011 erstmals seit vielen Jahren gelungen, durch ihre größeren Marktanteile an verschiedenen Stellen (z.B. Dateneinkauf, Geschäftsabwicklung) eine signifikante Reduzierung der allgemeinen Verwaltungskosten durchzusetzen, während bei anderen Kostenstellen (z.B. Umlagebeiträge BaFin) wiederum ein Anstieg zu erwarten ist.

In der Finanzdienstleistungsbranche wird sich die Marktberreinigung weiter fortsetzen und nur einige wenige Wertpapierhandelsbanken bestehen bleiben, die hinsichtlich Eigenkapital und rechtzeitiger Diversifizierung ihrer Geschäftsaktivitäten die notwendige kritische Größe erreicht haben. Der Markteintritt von neuen Wettbewerbern auf den Geschäftsfeldern der Gesellschaft ist als unwahrscheinlich anzusehen, weil der Aufbau vergleichbarer Strukturen jahrelange Vorlaufinvestitionen erfordert und Finanzinvestoren keine schnelle Rendite verspricht.

Berlin, 22. Februar 2011

Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm